

ÜBERREGIONALE DEMONSTRATION IN HEIDELBERG

GAZA:

MASSAKER, AUSHUNGERN, VERTREIBUNG STOPPEN!

Kriege gegen Iran, Syrien und Libanon beenden!

Schluss mit Waffen und Beihilfe aus Deutschland!

Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten!



© OCHA/Themba

Alle roten Linien sind überschritten, kommt in Rot, rotes T-Shirt, Rock, Hose oder Tuch nach Heidelberg!

Sa. 5. Juli 2025

ab 14:00 Uhr | Park bei der Stadtbücherei, Heidelberg

u.a. mit **Tsafrir Cohen (medico)** und **Prof. Helga Baumgarten (Birzeit Universität)**

Abschluss: ca. 15:30 Uhr auf dem Karlsplatz (unweit des Bhf. „Heidelberg-Altstadt“)

Im Rahmen der Friedensvernetzung-Südwest rufen auf: Friedensbündnis Heidelberg, pax christi Rottenburg-Stuttgart, Gesellschaft Kultur des Friedens

unterstützt von: AK Palästina Tübingen, Arbeitskreis Frieden verdi Bezirk Stuttgart, Attac Aschaffenburg, Deutscher Freidenker-Verband e. V., Die Linke Heidelberg / Badische Bergstraße, DKP Baden-Württemberg, DKP Odenwald, Frauen wagen Frieden (Pfalz), Friedensbündnis Böblingen, Friedensbündnis Mannheim, Friedenstreff Stuttgart-Nord, Mahnwache Stuttgart, Freie Friedensinitiative Stuttgart, Forum Friedensethik Baden, Linksjugend solid Heidelberg, Mahnwache Ellwangen, pax christi Heidelberg-Rhein-Neckar, Students for Palestine Heidelberg, Verein Flüchtlingskinder im Libanon

Infos und Kontakt: friedensvernetzung-suedwest.de

Der Gazastreifen wird dem Erdboden gleichgemacht, das palästinensische Volk ist in höchster Not. Wie viele Kinder in Palästina sollen noch sterben?

Seit mehr als eineinhalb Jahren nutzt die rechtsextreme israelische Regierung das Massaker der Hamas vom 7. Okt. 2023 als Rechtfertigung für ihren vernichtenden Krieg gegen die gesamte Bevölkerung. Offen verkündetes **Ziel** ist deren **Vertreibung**.

Mehr als 60.000 Tote wurden durch israelische Angriffe getötet – mehr als die Hälfte Frauen und Kinder. Weit mehr starben bereits an Unterernährung, Seuchen und fehlender Behandlungsmöglichkeiten.

Die meisten **gesundheitlichen Einrichtungen** wurden **zerstört**, medizinisches Personal, UN-Mitarbeitende und Journalisten werden zum Teil gezielt von israelischen Truppen getötet.

UN-Experten und Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international werten das israelische Vorgehen im Gazastreifen als **Völkermord**. Der **Internationale Gerichtshof** (IGH) erklärte den Vorwurf im Januar 2024 für begründet und **plausibel**.

Dennoch hat Israel die Kriegsführung noch verschärft und **Deutschland liefert** nach den USA den zweitgrößten Anteil an **Waffen**, stellt sich gegen Strafbefehle und jegliche EU-Sanktion gegen Israel.

Der Rest der Welt schaut fassungslos auf die deutsche Haltung. Namibia wirft Deutschland Unfähigkeit vor, „Lehren aus seiner grausamen Geschichte zu ziehen“.

Gleichzeitig weitet die israelische Regierung ihre **koloniale Siedlungspolitik** des **Landraubs** und der **Vertreibung** aus und hat im illegal besetzten Westjordanland bereits über 40.000 Menschen vertrieben.

Minister Katz droht sogar mit einem israelischen Staat im Westjordanland.

Israel führt seine **Angriffe im Libanon** unter Bruch eines Waffenstillstands fort, bombardiert und besetzt Teile Syriens und droht mit seiner **völkerrechtswidrigen Aggression gegen den Iran** einen Flächenbrand auszulösen. Auch hier macht sich die Bundesregierung durch ihr Schweigen mitschuldig.

Es reicht! Keine Komplizenschaft mit Völkerrechtsverbrechen!

Wir fordern

- sofortige Aufhebung der Blockade des Gazastreifens und umfassende humanitäre Hilfe.
- Einen sofortigen und umfassenden Waffenstillstand.
- Freilassung der israelischen Geiseln und der Tausenden palästinensischen Gefangenen in Israel.
- Ende der Besatzung und des Siedlungsbaus.
- Einstellung der Angriffe auf Iran, Syrien und Libanon und Jemen
- Ende der Straflosigkeit für Völkerrechtsbrüche, Kriegsverbrechen und Völkermord.

Wir verlangen insbesondere von der Bundesregierung und der EU

- Stopp der Waffenlieferungen und der militärischen Zusammenarbeit mit Israel.
- keine Zusammenarbeit mit Firmen, die von Krieg und Besatzung profitieren.
- Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel.
- Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesregierung.
- keine Repression gegen die Palästina-Solidarität, sondern Meinungs- und Versammlungsfreiheit.
- aktive Unterstützung von palästinensischen und israelischen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen.